

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/79

26. April 1977

Vorbildliches geleistet

Ernst Paul wird 80 Jahre alt

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Völlige Orientierungslosigkeit

Die CDU kneift in der energiepolitischen Diskussion

Von Dr. Volker Hauff MdG

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 3 / 23 Zeilen

Kohl boykottiert Zusammenwirken der Demokraten

CDU/CSU entzieht sich jeder gemeinsamen Bemühung und Verantwortung

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 4 und 4a / 69 Zeilen

SPD ist keine "Verfügungsmasse"

Juso-Bundevorsitzender sollte Konsequenzen ziehen

Seite 5 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 189 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 99 35/36
Telefax: 09 88 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Vorbildliches geleistet

Ernst Paul wird 80 Jahre alt

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ernst Paul, der frühere Vorsitzende der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, feiert seinen 80. Geburtstag. Sein politisches Wirken steht seit vielen Jahrzehnten im Zeichen von Völkerverständigung, Zusammenarbeit und Frieden. In seiner böhmischen Heimat, in der europäischen Arbeiterbewegung und in der deutschen Sozialdemokratie hat er Vorbildliches geleistet.

Ich greife einen Tag vor 34 Jahren heraus. Damals, am 1. Mai 1943, trat in Stockholm die "Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" - wie wir sie nannten - mit ihrem Programm für ein Europa nach Hitler an die Öffentlichkeit. Zusammen mit den Freunden aus dem Gastland Schweden, aus Norwegen und Dänemark, Österreich und der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, Frankreich und Deutschland forderten wir: "Der Friede muß auf Verunft aufgebaut werden. Haß bildet keine haltbare Friedensgrundlage. Die Nachkriegspolitik darf nicht von Rache beherrscht werden, sondern muß vom Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau getragen sein."

Ernst Paul hat damals gesagt, und wir stimmten alle mit ihm überein: Im Nachkriegseuropa müsse das Selbstbestimmungsrecht der Nationen seine demokratische Verwirklichung erfahren, alle Völker müßten in guter Nachbarschaft ihr eigenes Leben führen können. Was die nationalsozialistische Gewaltpolitik ausgelöst hatte, führte zum Gegenteil: zu Spaltungen, Vertreibungen, nochmals vernichteten Existenzen, zerstörten Hoffnungen. Fast alle drei Millionen Sudetendeutschen mußten ihre Heimat verlassen - unter Bedingungen, die schrecklich waren und die wir trotzdem nie losgelöst von dem betrachten können, was anderen zuvor im mißbrauchten deutschen Namen widerfahren war.

Ernst Paul half einer stattlichen Zahl seiner Landsleute, eine neue Heimat zu finden. Das war bescheiden, gemessen am Ziel der Aussöhnung auf der Grundlage nationaler Eigenständigkeit. Aber er ging trotzdem weder den Weg der Resignation, noch den des Fanatismus. Er kam in den deutschen Südstaaten und kandidierte in Esslingen 1949 zum Bundestag. Zwanzig Jahre gehörte er dem Parlament und unserer Bundestagsfraktion an. Sein Rat war auf vielen Gebieten gefragt, sein Wirken hat in einer Reihe von Bereichen deutliche Spuren hinterlassen.

Als von "Ostpolitik" noch kaum die Rede war, hat er versucht, praktische Wege zu zeigen, die zu gewissen gesamteuropäischen Fortschritten führen könnten. Er und seine Freunde wußten - anders als einige lautstarke Funk-

tionäre aus gewissen Verbänden -, daß es ein Zurück in die Zeit vor 1945 nicht gab. Deshalb hat er nicht gezögert, sich einzusetzen für eine Politik des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Verständigung mit den Nachbarstaaten im Osten, und zwar unabhängig von deren politischer Ordnung.

Wenzel Jaksch -, der letzte, durch die Umstände auf tragische Weise behinderte Vorsitzende der Partei Josef Seligers - und Ernst Paul waren auch in der dunkelsten Zeit ihren Idealen treu geblieben. Ebenso entschieden wie für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei hatten sie gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Wenzel Jaksch hat diese Haltung nach dem Krieg gegen die Angriffe mancher Landsleute mit den Worten verteidigt: "Wir haben die Menschenrechte höher geschätzt, als daß wir das Selbstbestimmungsrecht aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen hinnehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit dem Bösen niemals Gutes erwachsen ist."

In den frühen dreißiger Jahren haben die in die Tschechoslowakei geflüchteten Sozialdemokraten aus dem "Reich" die Solidarität der sudetendeutschen Genossen erfahren. Ihnen allen, die damals mithelften, und vor allem Ernst Paul, sage ich nochmals Dank - im Namen unserer gesamten Sozialdemokratischen Partei. Mir liegt daran, weil ich weiß, daß praktizierte Solidarität nicht selbstverständlich ist. Unsere Partei ist stark geworden, und sie hat sich in Jahrzehnten eine führende Rolle in der deutschen Politik erstritten, weil sie im Ringen um eine gute Sache zusammengestanden ist. Die deutschen Sozialdemokraten müssen wissen, daß sie - ob alt oder jung - in der Verpflichtung zur Solidarität stehen: untereinander, mit unserem Volk und seiner Zukunft.

Ernst Paul ist durch bittere Erfahrungen zu einem unermüdeten Arbeiter für die europäische und internationale Zusammenarbeit geworden. So hat er im Bundestag das deutsch-dänische Minderheiten-Abkommen mitformuliert. Im Unterausschuß für Ostpolitik hat er wichtige Arbeit geleistet. Dem Europarat gehörte er 17 Jahre lang an. Lange war er Leiter der deutschen Parlamentarier-Delegation bei der Westeuropäischen Union. Das Schicksal seiner Heimat festigte in ihm die Überzeugung, daß ein friedliches Zusammenleben verschiedener Nationen in Europa nur erreicht werden kann durch Ausgleich von Interessen und konstruktive Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg.

(-/26.4.1977/va-he/10)

+ + +

Völlige Orientierungslosigkeit

Die CDU knifft in der energiepolitischen Diskussion

Von Dr. Volker Hauff MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Forschung und Technologie

Die völlige Orientierungslosigkeit der CDU in Fragen der Energiepolitik ist nicht mehr zu verbergen:

- Seit Jahren tritt der Abgeordnete Gruhl öffentlich als Sprecher für Umweltschutz der CDU-Fraktion auf und vertritt Thesen, die den Aussagen von Helmut Kohl direkt und vollständig widersprechen. Der Beobachter fragt sich: Wessen Wort gilt eigentlich?
- Hinter den Kulissen der Fraktion der Opposition gibt es eine völlige Zerissenheit, wer energiepolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion werden soll. Helmut Kohl hat bis jetzt nicht den Mut gehabt, seiner Fraktion einen Vorschlag zu machen. Das zeugt nicht von Führungskraft.
- Der für Juni von der CDU angekündigte Kongreß über "Energie und Umwelt" kann nicht stattfinden, weil man sich im Parteivorstand nicht einmal über die Referenten verständigen konnte, die dort reden sollten. Und Helmut Kohl zögert, weil er nicht Farbe bekennen will oder kann.

Das ist eine eindrucksvolle Liste der Führungsschwäche. Jetzt versucht Helmut Kohl die politische Meinungsbildung zu vertagen. Nur die Fraktion soll sich einige Fachreferate am 3. Mai anhören. Offensichtlich dient diese trickreiche Hinhaltenaktik von Helmut Kohl dazu, den Unmut in seiner Oppositionsfraktion, insbesondere bei der CSU-Landesgruppe, aufzufangen. Das Ganze steht unter der Überschrift: "Wasch mir den Pelz, aber wasch mich nicht naß." Und so jemand wollte einmal Kanzler werden.

(-/26.4.1977/bgy/lo)

+ + +

Kohl boykottiert Zusammenwirken der Demokraten

CDU/CSU entzieht sich jeder gemeinsamen Bemühung und Verantwortung

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es gehört zur deklamatorischen Grundausstattung des CDU-Vorsitzenden und offiziellen Oppositionsführers, die "Solidarität der Demokraten" zu beschwören. Wenn es ihm - was für die Zeiten vor seiner Unterwerfung unter den CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauss möglich erscheint - damit einmal ernst gewesen ist, dann hat er die Glaubwürdigkeit dieser Position inzwischen verspielt. Dies ist im Fahrwasser von Franz-Josef Strauss durch die bösertige und von Dr. Kohl wider besseres Wissen voll unterstützte Verteufelung der deutschen Sozialdemokratie im Bundestagswahlkampf 1976 geschehen. Dies hat in der Rolle des CDU-Vorsitzenden in der nach den Meuchelmorden von Karlsruhe neu aufgekommenen emotionsträchtigen öffentlichen Diskussion um Fragen der inneren Sicherheit seine Fortsetzung gefunden. Die negative Reaktion von Dr. Kohl auf die Einladung des Bundeskanzlers zu einem Allparteiengespräch über diesen schwierigen, uns alle bedrückenden Komplex war eine weitere Bestätigung für eine heuchlerische Doppelstrategie, die aus der CDU-Spitze heraus mit Appellen zur Gemeinsamkeit der Demokraten betrieben wird: In der Öffentlichkeit wird Zusammenwirken zur Sicherung unseres Rechtsstaates und zur entschlossenen Bekämpfung verbrecherischen Terrors gefordert, gleichzeitig wird dieses Zusammenwirken jedoch bei jedem praktischen Ansatz boykottiert.

Ein weiteres Beispiel dafür hat die Opposition auf dem Feld der Energieprobleme geliefert, die im Interesse unseres Landes, seiner Bürger und der Zukunft unseres Gemeinwesens offen diskutiert und angegangen werden müssen. Auch hier entzieht sich die CDU/CSU jeder gemeinsamen Bemühung oder gar Verantwortung: In einem Brief hatte SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr am 1. April den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von der Absicht unterrichtet, am 28. April - also am kommenden Donnerstag - in Köln ein Podiumsgespräch zum Thema "Energie - Beschäftigung - Lebensqualität"

zu veranstalten. Dazu sind unabhängige und sachverständige Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik sowie aus dem Bereich der Bürgerinitiativen eingeladen worden. Dieses Spektrum sollte durch Vertreter des Parlaments und der Bundesregierung komplettiert werden. Unter dem Datum vom 19. April 1977 liess der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU seine Weigerung mitteilen, einen Vertreter zu entsenden.

Ein weiteres und keineswegs unwichtiges Indiz für die parteiegoistische Verengung und rein taktische Sicht, mit der diese auf sture Obstruktion programmierte Opposition Fragen von nationaler und internationaler Tragweite in der Praxis behandelt. Und ein politisches Armutszeugnis, das noch dadurch seine Unterstreichung findet, dass die CDU eine rasch angekündigte Energiekonferenz am Montag in ihrem Bundesvorstand wieder abgeblasen hat, weil man auf diesem schwierigen Feld nicht mit wohlfeilen Formeln operieren kann.

Die von der CDU/CSU boykottierte Podiumsdiskussion lässt von der personellen Besetzung her einen qualifizierten Beitrag zur Versachlichung des Meinungs-austausches und der Meinungsbildung auf diesem steinigem Problemfeld erwarten. Unter der Gesprächsleitung von Chefredakteur Dr. Theo Sommer (DIE ZEIT) nehmen daran teil: Prof. Adolf Birkhofer (Technische Universität München), Dr. Guido Brunner (EG-Kommissar), Dr. Herbert Ehrenberg (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung), Dr. Erhard Eppler (Mitglied des SPD-Präsidiums), Prof. Karl Kaiser (Universität Köln), Prof. Dr. Heinrich Mandel (Präsident des Deutschen Atomforums, Mitglied des Vorstandes der RWE), Alois Pfeiffer (Bundesvorstand des DGB), H.H. Wüstenhagen (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.).

Die Qualität und Ausgewogenheit dieser Runde und die naheliegende Annahme, dass auch die CDU/CSU von diesem fairen Angebot Gebrauch machen würde, haben das Zweite Deutsche Fernsehen bewogen, die Diskussion aufzuzeichnen und Ausschnitte davon am 2. Mai 1977 um 22.45 Uhr zu senden. Es würde allerdings nicht sonderlich überraschen, wenn die Unionsparteien auch diesen Vorgang zum Vorwand nehmen würden, um ihre neu aufgelegte aggressive Kampagne gegen das bewährte öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem und seine um Objektivität bemühten Mitarbeiter auszuweiten.

(-/26.4.1977/bgy/ja)

+ + +

SPD ist keine "Verfügungsmasse"

Juso-Bundesvorsitzender sollte Konsequenzen ziehen

Der auf dem Hamburger Bundeskongreß der Jungsozialisten erst im zweiten Wahlgang und nur mit knapper Mehrheit gewählte Juso-Bundesvorsitzende Klaus Uwe Benneter hat wieder einen verbalen Rundschlag losgelassen. In einem "Konkret"-Interview stellte er bei der Frage, ob die Jungsozialisten auch Parteiauschlüsse in Kauf nehmen würden, fest: "Die Mitgliedschaft in der SPD ist kein Dogma, an dem Jusos in jedem Fall festhalten. Wir müssen 'sinnvoll' mitarbeiten können. Wenn die Politik der Ultimaten Schule machen sollte, müssen wir uns freilich fragen, wie lange das noch geht."

Bisher war man innerhalb der Partei und auch bei den Jusos davon ausgegangen, daß die Mitgliedschaft und selbstverständlich auch die Mitarbeit der Jungsozialisten in der SPD eine Sache sei, an der es nichts zu deuteln gibt. Juso-Vorsitzender Benneter scheint dies in Frage stellen zu wollen. Das ist sein gutes Recht, als Staatsbürger, nicht aber als SPD-Mitglied. Er muß wissen, daß sein Dogma-Satz auch umkehrbar ist. Er muß wissen, wie Willy Brandt es ausgedrückt hat, daß eine SPD-Mitgliedschaft keine "taktische Position" sein kann, und daß es eine irri-ge Vorstellung sei, zu glauben, die SPD sei eine "Verfügungsmasse".

Die Partei jedenfalls kann und darf es sich nicht gefallen lassen, daß ein Vorsitzender einer SPD-Arbeitsgemeinschaft solchen Unsinn, der keinesfalls von der großen Mehrheit der Juso-Arbeitsgemeinschaften getragen wird, öffentlich vertritt.

Hier ist die Frage aufzuwerfen, ob Benneter seine jüngsten "Konkret"-Äußerungen aus politischer Naivität oder aus politischer Berechnung getan hat. Beides ist unentscheidbar. Wenn die Jungsozialisten nicht zu einer politisch nicht mehr ernstzunehmenden Arbeitsgemeinschaft abgestempelt werden wollen, dann sollte Benneter Konsequenzen ziehen: entweder sein Interview zurückziehen oder aber als Juso-Vorsitzender abtreten, wie es Egon Behr vorgeschlagen hat.

Gode Japs
(-/26.4.1977/bgy/ja)

+ + +